

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1949**

25 (24.6.1949)

### D-Mark sehr fest

Die Woche brachte ein Aufatmen in politischer Hinsicht. Man ging in Paris auseinander, um sich wieder zu treffen. Trotz allem berechtigtem Pessimismus wollte der Kommissar der Pariser Konferenz, daß es wohl hart hergehen würde, aber daß man sich doch nicht endgültig auseinandersetzen würde. In der Pariser Konferenz für Kupfer und andere diebstahligen Metalle wurden die Verhandlungen im wesentlichen schon. Auch die Krisenrechnungen der USA-Wirtschaft stießen nach unserer Meinung damit in Zusammenhang. Rückgang der Stahlproduktion.

Sicher besteht aber eine enge Verbindung zwischen der Pariser Konferenz und der Festigkeit der D-Mark. Die Sensation der Woche war die sprunghafte Steigerung des Kurses der DM in Zürich, der am Mittwoch die Rekordhöhe von 76,50 für 100 DM erreichte. Die seit vorigen Wochen an dieser Stelle von uns gegebene Prognose auf Festigkeit der DM hat sich also als richtig erwiesen. Auch der Dollar erreichte in Deutschland am schwarzen Markt einen neuen Tiefstand mit 4,60 DM in Frankfurt. Der Schweizer Franken ging auf 1,25 DM zurück. Der französische Franken lag ebenfalls etwas schwächer: 1,40 DM für 100 Fr. und das Pfund Sterling machte einen nicht unerheblichen Rückgang auf 13 DM. Dabei ist das Geschäft allgemein still, und die Umsätze sind nur gering.

Am freien Markt ist eine interessante Verlagerung festzustellen. Man interessiert sich dort nur noch für Umsätze in Waren, deren Schwarzmarktpreise unter den Ladenpreisen liegen, wie z. B. in den meisten Städten der Kaffee, der unverzollt als Schmuggelware verkauft wird. In den anderen Schwarzmarktwaren wird das Geschäft immer geringer, da die Zuladungen immer größer werden und die bewirtschafteten Waren teilweise schon nicht mehr abgenommen werden. Abwärts gingen die Preise für Zigaretten, Mehl und Bohnenkaffee. Etwas gestiegen sind die Preise für Zucker und Butter. Auch die Eisenpreise zeigen leicht an, weil die Legierbarkeit als Folge des schlechten Wetters nachgelassen hat. In Bremen ging das Schokoladengeschäft stark zurück, da deutsche Schokolade jetzt ausreichend vorhanden ist.

### Berlin

Interessant ist der Berliner freie Markt. Der bemerkenswerteste Vorgang dort war der Preisaufschlag für Zucker. Noch vor einer Woche wurde das kg Zucker mit 6,30 DM-West gehandelt, heute ist er auf 2,50 DM heruntergefallen. Auch die Devisenkurse in Berlin haben sich allmählich angepasst. Bisher waren sie auf dem Schwarzmarkt wesentlich höher als in Westdeutschland. Jetzt ist in den Westsektoren Berlins der Dollar für 6,15 und der Schweizerfranken für 1,40 DM zu bekommen.

### Produktion steigt

Das schließt auf den ersten Blick eine schreckliche Entscheidung, aber die schweren Risse, die sich in der deutschen Wirtschaft zeigten, können damit nicht eingestuft werden. In den letzten Wochen ist Produktion und Absatz in eine unartfreakliche Schwere geraten: Die Produktion steigt weiter, aber die Umsätze

## Frankreich ermäßigt Besatzungskosten

Auf Grund von Verhandlungen der maßgebenden deutschen Stellen mit General König wurde die Höhe der im Juni zu entrichtenden Besatzungskosten für die Länder der französischen Zone um 12 Mill. DM herabgesetzt. Außerdem wurde der Fälligkeitstermin von 16. Juni auf den 20. Juni verschoben.

### Neue Bilanzierungsmöglichkeiten

Die 24. Durchführungsverordnung zum Währungsgesetz gibt in Abänderung der bisherigen Bestimmungen den bilanzpflichtigen Unternehmen die Möglichkeit, das vom 31. Juni 1948 bis zum gesetzlichen oder satzungsmäßigen Abschlusstermin, in der Regel also bis zum 31. Dezember 1948 laufende DM-Rumpfgeschäft nicht nur bis zum 30. Juni 1949 zu verlängern, sondern mit dem ganzen folgenden Geschäftsjahr zu verbinden, wenn dieses spätestens am 31. Dezember 1949 abschließt. Demnach wird der erste DM-Abschluss in jedem Fall auf den satzungsmäßigen Abschlusstermin angesetzt sein und nach Wahl der Unternehmer entweder die Zeit vom 31. Juni 1949 bis zum nächstfolgenden oder bis zum übernächsten Abschlusstermin umfassen. Nur Unternehmen, deren Abschlusstermin in die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1949, können das sich an den Währungswahltag anschließende DM-Rumpfgeschäftsjahr nicht mit dem folgenden Geschäftsjahr zusammenfassen.

### Flüchtlingskredite in Hessen

Wiesbaden. Der hessische Ausschuß für Flüchtlingskredite hat zur Behandlung der finanziellen Notlage der Flüchtlinge folgende Vorschläge unterbreitet:

1. Verhandlungen mit der Bank Deutscher Länder und der Landesbank zur Beschaffung ausreichender Refinanzierungsmöglichkeiten.
  2. Weiterer Ausbau des Kreditwesens, insbesondere für mittel- und langfristige Finanzierungsmöglichkeiten.
  3. Sofortiger Einsatz ausreichender Haushaltsmittel zur Behebung der dringenden Not.
- Der offene Kreditbedarf der Flüchtlingsunternehmen ist zum Teil aus staatseigenen Bankkrediten, zum Teil aus Haushaltsmitteln zu decken.

### USA-Bergwerksmaschinen für die französische Zone

In die französische Zone dürfen ab Bergwerksleistungen im laufenden Jahr gegen RUP-Kredite nur etwa 30 Bergwerksmaschinen im Werte von 50.000 US-

# WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE EUROPÄISCHE WOCHENSCHRIFT

Nr. 25 / 4. Jahrgang      Lit.-Nr. 103 00 AAGLITN.      Konstanz/Bodensee, 24. Juni 1949      Ausg. D. Preis 50 D-Pfennige

## Soziale Rehabilitation

Es wäre falsch, die Tatsache, daß die Pariser Konferenz nicht aufgelöst ist, einfach mit einem Aufatmen und einem Ex-ist-noch-einmal-gut-gegangen abzutun, sich im Bett umzuwickeln und auf der anderen Seite weiterzuschlafen. Es gilt, die Probleme die gelöst zu werden wünschen, auch wirklich zu sehen. Wäre der beginnende Konjunkturaufschwung in den USA noch die Demning-Überschneidung der englischen Labour-Party, dürfen für sich betrachtet werden. Auch der Streit um das Primat von Politik oder Wirtschaft ist veraltet. Die Perspektiven für die Zukunft liegen auf einer Ebene, die sowohl diesen wie andere doktrinen Streit weit hinter sich lassen, aber zu neuen, sagen wir altmodischen, prinzipiellen Entscheidungsdrängen.

Testen wir zunächst die Tatsachen ab. In den USA sinkt der Absatz, ist die Produktion um 50% größer als 1937, beginnt man ernsthaft zu erwägen, die Weizen- und Baumwollausfuhr zu vermindern, stärken die Kupferpreise und die Arbeitslosigkeit steigt. Wohin wollen die USA mit ihrer Überproduktion? Der Marshallplan genügt nicht. Bilaterale Abmachungen sind den USA ein Dorn im Auge, aber der Protest gegen das englisch-argentinische Abkommen, insbesondere wurde die Länge des Abkommens kritisiert, weil der Zeitraum weit über die soziale Rehabilitationperiode der Marshall-Hilfe hinausreicht.

Also schirmt man von den USA nach Europa zu schauen. Hier herrscht der Haug am Allbergraben. In England appelliert die Labour-Regierung im Netz ihrer Doktrin. In Frankreich ist aus soziologischen Gründen die Entwicklung eines modernen Wirtschaftssystems nicht möglich. Können wir in Europa

## In dieser Nummer

- Länderauswertung in Höchst
- Ingénieur-Kongress in Konstanz
- Ein Jahr D-Mark
- Rohstofforgen bei Rosenthal
- Der Unluf des „Dirigismus“
- Die österreichischen Stahlpläne
- Westhilfe für Jugoslawien
- Englands Aufstieg zur Weltmetallmacht
- Kolumbiens Importbedarf

# Produktion steigt - Arbeitslosigkeit auch

## Strukturfehler der Kreditpolitik: Anstatt Konsum - Lägerfinanzierung 25% der Ernte beliehen - Ladenpreise über Schwarzmarkt - D-Mark steigt sprunghaft

gehen zurück. So ist die industrielle Produktion der Doppelzone im Mai weiter gestiegen; der Gesamtindex damit von 82 im April auf 87 im Mai (1914 = 100). Sämtliche Industriezweige sind von dieser Aufwärtsbewegung betroffen. Bei den Investitionsobjekten haben sich die Fertigungswerte am wenigsten erhöht (nur um 2,6% bei den Verbrauchsgütern betrug die Steigerung 7,3 Prozent). Überdurchschnittliche Erhöhungen zeigte die Mineralölverarbeitung mit + 30%, die Ledererzeugung mit + 23 Prozent, Steine und Erden mit + 20%, Fahrzeugbau mit + 10%, Schiffsindustrie mit + 10%, Stahlindustrie mit + 9% und Textilindustrie mit + 8%.

### Arbeitslosigkeit wächst weiter

Trotz dieser Produktionssteigerung werden von allen Seiten Westdeutschlands neue Zusätze an Arbeitslosen und Betriebsstilllegungen gemeldet. Das Anstiegstempo bei der Arbeitslosigkeit ist auch in der ersten Junihälfte unverändert geblieben, wie wir einem Lagebericht des Landesarbeits-

amtes Nordrhein-Westfalen für Mitte Juni entnehmen. Dort liegt die Arbeitslosenzahl um 19% über dem Stand von Ende August 1948. Der Bericht weist darauf hin, daß jetzt auch Industriezweige zunehmende Entlassungen vorzunehmen müssen, die sich bisher auf Grund ihres alten Auftragsbestandes als widerstandsfähig erwiesen haben. Besonders sei weiter, daß namentlich gerade Metallarbeiter und Hilfsarbeiter neben den Angestellten entlassen würden. Außerdem ist die Arbeitslosigkeit bei den Männern relativ stärker gestiegen, nämlich um 23% gegen nur 14% bei den Frauen. Demgegenüber wird festgestellt, daß die Zahl der Beschäftigten prozentual weniger sank als die Arbeitslosigkeit sich erhöhte. Weiter weist der Bericht darauf hin, daß die Konsumarbeit ebenfalls stark nachgelassen habe.

### Kreditpolitik

Beht man sich auf Grund dieser merkwürdigen Widersprüche zwischen Produktionssteigerung und steigender Arbeitslosigkeit einmal den Malbericht

der Bank Deutscher Länder an, dann ist man versucht, zu wenig zufriedenen Schlußes zu kommen. In diesem Bericht wird festgestellt, daß von den Banken im April und im Mai in ziemlich großem Umfang Kredite gewährt wurden, die nicht refinanzierbar seien. Man sieht darin das Bestreben, wichtige Kreditbedürfnisse noch unter Inkaufnahme einer gewissen Liquidierung zu bewilligen. Andererseits läßt diese Entwicklung erkennen, in welchem Grade die Wirtschaft heute die Einziehung von Wechselverbindlichkeiten scheut. Das ist angesichts der sich erschwierenden Absatzbedingungen zwar verständlich, aber die Wirtschaft muß sich darüber im klaren sein, daß je mehr die Banken ihren Status durch nichtrefinanzierbare Kredite belasten müssen, umso stärker die Möglichkeiten der kurzfristigen Kreditverengung befristet werden.

Die Bedenken der Wirtschaft gegen die Wechselkredite haben zu einem Rückgang der Wechselkredite in der ersten Juni-Woche bereits geführt. Nimmt man nun noch die Reduktions-

geburtstagsrede, die der Präsident des Zentralbankrats, Bernhart, am Dienstagabend über alle deutschen Sender gehen ließ, dann ründet sich das Bild. Schon im Stil (das immer wieder in seiner Rede aufschaukelnde „nicht gewillt sein“) ließ Herr Bernhart erkennen, daß er das Gefühl hatte, sich rechtfertigen zu müssen. Die Redefertigkeit ist ihm keineswegs gelungen, und die Angriffe auf die Kreditfreudigkeit der Banken zu Ende vorigen Jahres überzeugen nicht. Auch die Änderung der Kreditpolitik, die Herr Bernhart so hinstellen wollte, als ob sie aus eigener Initiative und eigener wirtschaftlicher Erkenntnis der Bank Deutscher Länder entstanden sei, ist unseres Erachtens nur durch den Druck der öffentlichen Meinung und durch die deutlichen Krisenerscheinungen dem Zentralbankrat geradezu aufgedrungen worden. Und noch heute wehrt sich die Bank Deutscher Länder und will, mit klassischen Zitaten behilft, vor sich dominieren.

Es ergibt sich aus allem, daß die Produktion finanziert werden ist und nicht der Konsum. Alte und neue Läger, um nicht zu sagen Lädenhöler, wurden mit Krediten finanziert. Neue Bestände sind geschaffen worden, neue Warenlager aber kein Umsatz. Darum sind die Bankkredite nicht refinanzierbar. Nicht einmal für Löhne sind diese zusätzlichen Kredite ausgegeben worden, denn die Arbeiter sind entlassen worden.

### Zu spät!

Aus verschiedenen Anzeichen läßt sich erkennen, daß es sogar schon etwas zu spät erscheint, jetzt noch etwas zu dem Kreditwege tun zu können, die Produktionswirtschaft kann keine Kredite mehr brauchen. Soweit hat man es getrieben. Jetzt stellt man Kredite zur Verfügung und nun können sie

# Unsoziale Wohnungs-Zwangswirtschaft

Auf der diesjährigen Hauptversammlung des Verbandes Rheinischer Haus- und Grundbesitzer stand die Erörterung der Voraussetzungen für eine großzügige Wohnreform durch den privaten Haus- und Grundbesitz im Mittelpunkt. Es sei ein Un-

ding die Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen in einer Zeit sozialer Marktwirtschaft auch immer aufrecht zu erhalten. Für die Präsidenten des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer, Dr. Handshammer, aus Dies sei nur möglich, weil der Sozialismus auf diesem Gebiet seine letzte große Position verliere, um von hier aus eines Tages doch die ganze Wirtschaft zu erobern. Kalle der deutsche Mensch die bürokratische Fesseln abstreifen und die im neuen Grundgesetz verankerten Grundrechte der Unverletzlichkeit der Wohnung, der Freizügigkeit und des Eigentums wirklich beachten, so könne dies nur mit dem Mittel der sozialen Marktwirtschaft geschehen, die dann aber auch die Wohnungswirtschaft umfassen müsse.

Aufwendungen dafür heute durchschnittlich nur 7 v. H. auf 10 v. H. Es werde die Frage zu prüfen sein, ob es nicht richtiger sei, die Miete nach dem Gesamteinkommen der Familie als nach dem Lohn des Familienverdieners zu bemessen. Die Haus- und Grundbesitzer müßten verlangen, daß das jetzige Mietensystem umgebaut werde in dem Sinne, daß die leistungsfähigen Mieter höhere Mieten zahlen, und daß für die Mieter, die wirklich bedürftig sind, ein Ausgleich im öffentlichen Mittel als Mietensubsidium bewilligt wird.

Nachdem es sich mit Nachdruck für eine Lockerung der Wohnungswirtschaftsbeschränkungen ausgesprochen hat, einen Anreiz zur Schaffung neuen Wohnraums könne geben einer vernünftigen Mietpreispolitik ein breites Auswahlspektrum für sämtliche Neubau- und Wiederaufbauwohnungen, die Zubehörling von selbständigen Wohnraum für den Eigentümer und alle bei der Erstellung der Wohnungen durch Selbsthilfe oder durch eigene Mittel mitwirkenden Wohnungsgenossen und eine Aufhebung des Mieterschutzes bewirken. Verbandsgeschäftsführer Dr. Heesberg, Köln, betonte sich mit Fragen der Finanzierung der Wohnungswirtschaftsbeschränkungen und Neubauten. Was die Verwaltung für Wirtschaft nachgewiesen habe, sei für die Betroffenen die mit den vorhandenen Kräften und Materialien bewilligt werden könnten, so den richtig eingestrichelten Estanten und den sonstigen zur Verfügung stehenden öffentlichen und privaten Mitteln hinreichend finanzielle Deckung vorhanden. Erfahrungsgemäß werde der gesteigerte Einsatz öffentlicher Mittel enorme Baukostensteigerungen auslösen. Um ein möglichst großes Bauvolumen zu schaffen, müsse eine weitgehende Rationalisierung des Bauens durchgeführt werden, die sich verhilfend unterstützen werde. Der Staat müsse bestrebt sein, so wenig wie möglich von Einkommen des Volkes zu beanspruchen, um ein Höchstmaß von privater Kapitalbildung zu ermöglichen. Entscheidend komme es darauf an, den sich steigenden Kapitalbedarf für Wohnungswirtschaftsbeschränkungen und Neubauten nicht durch Steuern zu beschaffen, sondern durch Mobilisierung privater Mittel zu befriedigen. Dr. Heesberg beantragte insbesondere, daß der Staat für eine Beihilfenaktion 4,5 v. H. Zinsen beanspruche, während er dem Grundstückseigentümer für die Ertragsberechnung nur 3 v. H. für sein Eigenkapital gestehen wolle. Eine solche Methode werde die Privatinitiative befeuern. Die Privatinitiative könne nur gewirkt und gestärkt werden, wenn die Neubauten auf der Basis eines auf lange Sicht geltenden Bauindex errechnet und die Unrentierlichen Kosten als verlorene Zuschüsse, gegebenenfalls als Mietzuschüsse für bedürftige Mieter, bereitgestellt würden.

Dollar eingeführt werden wie von zuständiger Stelle verlangt. Ursprünglich hätte man mit einer Einfuhr von Bergwerksleistungen im Werte von über 500.000 Dollar gerechnet. Als die Pläne aufgestellt wurden, war die deutsche Industrie nicht lieferfähig gewesen und die Finanzierung erschien nicht zweifelhaft. Die deutsche Wirtschaftsentwicklung des letzten Jahres hat die früheren Pläne ganz über den Haufen geworfen. Heute werden nur noch Maschinen eingeführt, welche von der Doppelzone nicht geliefert werden können.

### Saarkreisen für die Westzonen?

Auf Grund der schwebenden deutsch-französischen Vorbesprechungen zum Handelsvertrag im 2. Marshallplanjahr wird voraussichtlich bei Annahme des Options-Eisensplanes die deutsche Wirtschaft bereit sein für etwa 20 Mill. Dollar-Klassen aus Frankreich zu importieren, wobei es sich vornehmlich um Saarkreisen handelt. Die endgültigen, im Vertrag aufzunehmenden Werte und Mengen liegen noch nicht fest.

### Wieder Berechnung von Frachtladungen

Dem Beschluß der Gütertarifkommission in Montreux, Frachtladungen zwischen Deutschland und den übrigen europäischen Ländern wieder zu berechnen, wurde von Zweimächtenkontrollamt zugestimmt. Ab 1. Januar 1950 dürfte es daher jeden Versender wieder möglich sein, entweder frei Abgabe- oder Empfangstation zu verkaufen. In dringenden Fällen will man diese Neuregelung bereits vor dem 1. Januar 1950 in Kraft treten lassen.

### Arbeitslosigkeit in den Berliner Westsektoren

Die Berliner Westsektoren hatten Ende Mai insgesamt 133.513 Arbeitslose, wovon auf den amerikanischen Sektor 79.480, auf den englischen Sektor 38.081 und auf den französischen Sektor 26.082 entfielen.

### Steuereinnahmen im Ostsektor rückläufig

Berlin. Die Einnahmen an Steuern, Zölle und Verbrauchssteuern gegen im Ostsektor von Berlin von 77,15 Mill. Ostmark im April auf 72,87 Mill. im Mai zurück. Dagegen erhöhte sich der Lohnsteuerertrag in dem gleichen Zeit von 9,36 auf 10,37 Mill. Ostmark.

## Deutsche Fremdenindustrie neu belebt

180 Millionen RM Devisen brachten ausländische Touristen in den letzten Jahren vor dem Kriege alljährlich nach Deutschland; im Jahre 1938, dem Jahr der Olympischen Spiele, waren es sogar 300 Mill. Addiert man hierzu noch die Einnahmen aus dem innerdeutschen Touristenverkehr, dann kommt man auf etwa 1,2 Milliarden RM Einnahmen jährlich. Es ist also nur natürlich, wenn in diesem ersten „normalen“ Nachkriegsjahr deutsche Hotels, Pensionen, Verkehrsvereine, Bäder, die Reichsbahn und vor allem die neugegründete Deutsche Zentrale für den Fremdenverkehr alles erdenkliche versuchen, den deutschen Reiseverkehr wieder zu beleben. Die Zentrale hat einen Teil der 100.000 ausländischen Touristen, die in diesem Jahr in Europa erwartet werden, nach Deutschland abzurufen. Gelänge dieses Experiment, dann würde die deutsche Wirtschaft nicht nur eine bedeutende Beibehaltung erfahren, sondern sie würde auch durch diese Deviseneinnahmen in die Lage versetzt, den amerikanischen und englischen Steuerzahlern einen Teil ihrer Last abzurufen, die diese bisher zur Unterstützung Deutschlands auferlegen mußten.

Diese Überlegung mag die westlichen Besatzungsmächte veranlaßt haben, in diesem Frühjahr einen großen Teil der von ihnen beschlagnahmten Hotels und Pensionen, unter ihnen die führenden Unternehmen dieser Art, zu räumen und dem Reiseverkehr wieder zur Verfügung zu stellen.

Daß das Ausland wieder nach Deutschland reisen will, bewies die deutsche Industrie-Ausstellung in New York 195.000 Besucher zählte die Ausstellung. Allmorgendlich standen lange Schlangen vor dem Informationskiosk, um sich über die Zustände in Westdeutschland, über Reise- und Übernachtungsmöglichkeiten zu erkundigen. Wenn das Interesse für Deutschlandreisen noch Gewicht bemessen werden könnte, dann muß es gewaltig sein, so schrieb demals „New York Times“. Dem schon in der ersten Woche wurden 21 Zentner Werbeprospekte verteilt. Gegen Ende der Ausstellung mußte die Ausgabe rationiert werden, da sonst die Prospekte im Gesamtgewicht von 2 1 nicht ausgereicht hätten. Ausländische Reiseführer, allen voran Thor Cook &

Soci, London, melden eine starke Nachfrage nach Deutschlandreisen. New York den Ausverkauf alter Flugkarten für diesen Sommer, die Industriestellung weiterer Flugzeuge und starken Andrang in den Büros der Schiffahrtsgesellschaften. Die westlichen Nachbarländer Deutschlands organisieren jetzt schon regelmäßige Omnibusfahrten nach Deutschland, die von Ostern beginnen und bis in den Herbst hinein fortgesetzt werden sollen.

Trümmerröder des Krieges sind nicht mehr gefragt. Neben der „Deutschen Romanistik“ sind es vor allem die weltberühmten Heilbäder wie Baden-Baden, Bad Nauheim, Neuen-Ahr, Badenweiler, Reichenhall usw. mit ihren Brunnen, denen die Nachfrage des Auslandes gilt. Die Zahl der Auslandsbesucher in diesem Sommer wird auf 100.000 geschätzt.

Beunruhigt sind die Hoteliers allerdings von der Frage: Was wird der Ausländer zu dem sicherlich unerschwinglichen „Komfort“ in Deutschland gegen? Gerade in dieser Phase der Vorbereitungen sind in Deutschland gewaltige Anstrengungen gemacht worden. 103.000 Betten stehen für ausländische Besucher zur Verfügung. Selbst wenn, wie erwartet wird, im Laufe der Reisezeiten weitere 10.000 Betten noch freigegeben werden können, dann sind das kaum 25% der Vorkriegsbestände.

Demnach ist die Deutsche Zentrale für den Fremdenverkehr guten Mutes. Über 20 Zentner Reiseprospekte sind in die Welt hinausgegangen, viele weitere Zentner werden folgen. Sie bedauert zwar, daß von ihren ehemals 30 eigenen Auslandsvertretungen heute kaum noch eine übrig geblieben ist, daß in dieser Phase der Vorbereitungen der Erfolg in diesem Jahr ausbleiben, so ist man bereit, so als „Probierjahr“ anzusehen, in der Hoffnung, daß 1950, das Heilige Jahr und das Jahr der Oberammergau Passionsspiele, den erwarteten Erfolg bringt.

# Neue Handelsverträge

Wollen wir uns das nicht machen. Rehabilitieren heißt doch, durch gute Führung einen Schalter von früher wieder ausgliedern. Dies würde nun bedeuten, daß jemand darüber entscheidet, ob wir etwas schlecht oder gut gemacht haben und ob wir es jetzt gut machen in Europa. Wer aber ist so selbstsicher, daß er darüber entscheiden könnte!

Machen wir es z. B. gut in Europa, wenn wir uns wirtschaftlich nach Osten orientieren? Der normale komplexiertere Markt für Westeuropas ist zweifellos Osteuropa, beginnt aber nicht nach Osteuropa und Rußland langsam der natürliche komplexiertere Markt für die Überproduktion der USA zu werden? Oder überlassen die USA uns Westliches des Osteuropa-Marktes und wenden sich Südamerika und Afrika zu, wobei sich offensichtlich auch die Engländer und Franzosen daran beteiligen?

Der Ost-Westhandel wird in Genuß kommen und zwar sowohl von deutscher Seite wie von angloamerikanischer. Mit den Verhandlungen mit Tito begann es. Die Schwere Presse weiß zu berichten, daß Bernard Baruch bald in einer Mission nach Moskau gehen soll, um die wirtschaftlichen Beziehungen zu intensivieren.

Gedacht dies aber um die soziologisch-wirtschaftlichen Probleme Europas zu lösen? Wir beantworten diese Frage mit nein. Es wird den meisten Marshallplanländern vorgeworfen, sie nähmen die angestrebten Mittel gern an, aber sie legten sich auf die falsche Haut. Sie täten viel zu wenig dazu, ihre eigene Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Absolut gesehen, ist dieser Vorwurf falsch, denn sowohl England wie Frankreich haben heute eine wesentlich höhere Produktion als im Frieden. Deutschland nähert sich, jedenfalls insofern, dem Friedensstand. In Ordnung ist darum in allen drei Ländern die Wirtschaft noch nicht. Rufen wir mehr tun dürfen in Europa! Sowohl in Frankreich wie in Deutschland beginnt eine Abschwächung. In England wird zugunsten des Exports die eigene Volk knapp gehalten.

Was wir aber allesamt in Europa nicht getan haben, — und das müssen wir uns selbst zum Vorwurf machen — das ist einen neuen Weg zu suchen, ein Angebot und Nachfrage in Einklang zu bringen und uns wirtschaftlich zu einigen.

Diese beiden Punkte seien jetzt näher behandelt. Auf der Konferenz der europäischen Finanzminister hat unser Herr Cripps die französisch-belgischen Pläne zu einem gemeinsamen Dollarspiel und zu einer freien Konkurrenz der europäischen Währungen durch sein Veto zum Scheitern gebracht. Die doktrinaire Verhaftung des Herrn Cripps in überlebten Theorien mögen der Hauptgrund für diese Haltung gewesen sein. Die Wirtschaftsstruktur eines jeden Landes ist eines der Lebensäußerungen des Volkes. Es mag jeder nach seiner Faser sein werden. Über Wirtschaftstheorien brauchen wir uns in Europa wohl nicht zu kümmern, aber die Doktrinen dürfen nicht über die Gesetze getrieben werden. Set es nun, daß man zu intereuropäischen Abmachungen immer sein sagt (so ist auch Herr Cripps unter die Neinsager gegangen), so, daß man dem andern immer sein Möchten auf das höchste und einzig wahre ansetzt. Ein Wirtschaftssystem ist nämlich nicht ein echtes, logisch aufgebautes Gebilde, sondern erlebtes Leben. Erst der Historiker macht ein System daraus.

Es wäre ein großer Schritt auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Europas, wenn wir zu einem Währungs-pool kämen. Wir begreifen uns damit zu rehabilitieren. Die internationale wirtschaftliche Verbindung wäre der zweite Schritt. Zwischen Frankreich und Deutschland wäre die gewesene und wird auch kommen. Demgegenüber sind kommunisten Ost-Westhandel können wir in diesem Zusammenhang nur als kleinen Schritt vorwärts betrachten, aber er ist ein Anfang.

Viel schwerer ist die zweite Forderung zu erfüllen, Angebot und Nachfrage zur Deckung zu bringen. Für uns Deutsche ist die augenblickliche Lage unserer Wirtschaft geradezu ein Schulbeispiel dafür, daß Bedarf und Nachfrage nicht dasselbe sind. Es hat so viele Theorien gegeben, die den Bedarf zur Deckung bringen wollten. Sie sind alle daran gescheitert, daß man den echten Bedarf nicht feststellen konnte. Die meisten Theorien empfahlen die Praxis: Feil Vogel oder stich. Da wir erkannt haben, daß der Bedarf nicht gedeckt wurde, liegt es nur an uns Europäern, andere Methoden zu entwickeln. Den Bedarf in Nachfrage zu verwandeln und das Angebot entsprechend zu gestalten. Täte man dies am grünen Tisch, dann käme wieder eine Planung heraus und wir wären so weit wie früher. Man kann den Bedarf nicht planen, es sei denn, man habe es mit apparativen Menschen zu tun. Das sind wir Europäer aber nicht. Es wird sich ein neues Spiel von Angebot und Nachfrage in Europa entwickeln. Wer will wissen, wie ein Historiker dieses System einmal nennen wird? Der kapitalistische Geist ist — jedenfalls in Deutschland großer Wirtschaft — schon lange tot und der sozialistische Geist liegt im Sterben. Nirgends andere als in Blackpool kam das deutlich heraus. Die soziale Rehabilitation Europas kann nicht von unten, sondern nur von oben begangen, nicht demokratisch, sondern aristokratisch. Geistig führende Unternehmer und Arbeiterführer werden die Träger dieses neuen Geistes sein. Der Kampf der Meinungen, den wir heute mit so vielen Worten ausfechten, und das mit sogenannten Kompromissen endet, ist nur ein Überbleibsel aus dem Thee und Antihese. Je früher wir den Menschen machen, umso sozialverpflichteter wird er. Das braucht man nicht zu propagieren, sondern das ist der Geist der neuen Zeit. Weil die Arbeiterschaft so un-

Ein Handelsvertrag zwischen der Trizone und Kolumbien wurde unterzeichnet. Das Abkommen umfaßt einen Warenzutausch von je 11 Mill. Dollar und ist bis zum 31. Mai 1950 befristet. Wenn der Vertrag nicht rechtzeitig gekündigt wird, verlängert er sich automatisch jeweils um ein halbes Jahr. Die Kündigungfrist beträgt drei Monate.

Kolumbien soll u. a. liefern: Kaffee für 4 Mill. Dollar, Tabak für 2 Mill. Dollar, Bananen für 3 Mill. Dollar. Weiterhin sind vorgesehen Häute und Felle, Mais, Reis, Zucker, Holz, und einige weitere Waren. Der Devisenbetrag für Kaffee kann gegebenenfalls erhöht werden.

Deutschland soll als Gegenleistung nach Kolumbien exportieren: optische Geräte und Instrumente, Maschinen, Eisen- und Stahlwaren, Fahrzeuge, Bergbaugeräte, Elektrogeräte, Chemikalien, Farben und Pharmazeutika, sowie eine Reihe von Fertigwaren. Die Zahlungen sollen nach Mitteilung der Zölle in der Regel in bar oder unter den handelsüblichen Bedingungen geleistet werden. Kolumbien hat sich bereit erklärt, den Importeuren einen Dollarbetrags mindestens in der gleichen Höhe wie die aus Kolumbien stammenden Exporten nach Deutschland entgegen zu Verfügung zu stellen. Alle Ex- und Importzahlungen laufen über ein in Moskau-Konto in US-Dollar. Die Bananen-Importe müssen aus dem Erlös bestimmter Ausfuhren, die im Vertrag besonders aufgeführt sind, bestreiten werden. Es handelt sich dabei vor allem um „nichtwertvolle“ Waren.

Die Ausfuhr der Bäume nach Kolumbien stieg sich 1947 auf 130.000 Dollar, 1948 auf 271.000 Dollar, 1949 werden aus Kolumbien Waren im Werte von 204.000 Dollar importiert, 1947 entfiel die Einfuhr noch. Man erwartet, daß der neue Handelsvertrag eine erhebliche Belebung des Geschäfts bringen wird.

Am 13. und 14. Juni fanden in Frankfurt (Main) zwischen einer Delegation Irlands und westdeutschen Vertretern die ersten Vorbesprechungen über ein neues Handelsabkommen statt. Man erwartet in Kürze den erfolgreichen Abschluß dieser Verhandlungen.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die seit dem 24. 1. 1949 in Frankfurt (Main) geführt werden und denen der alte, nicht ratifizierte deutsch-polnische Vertrag von 22. 12. 48 zugrundeliegt, dauern noch an.

## Schwedische Einfuhrzölle für deutsche Waren

Die schwedischen Handelsvertragsabmachungen, die den Einfuhrzöllen für die Einfuhr

deutscher Waren bereits gestellt, und zwar für verschiedene Kategorien aus den Westzonen sowie für Handtaschen und ähnliche Kreuzgenüsse aus der Ostzone. Ferner wurde die Frist für Importerträge auf verschiedene Musikinstrumente aus der Ostzone verlängert. Die Lizenzen für Kunstwerke werden nicht auf die Textilkategorien der Antragsteller verlängert. Der Import wird an die Antragsteller auf der Basis der Gesamteinfuhr 1948 verteilt. Ferner sind Importlizenzen bereits gestellt worden für Damen- und Kinderkleider aus der Schweiz, Gehrüch- und Kristallglas, Handtaschen, Beistaschen u. a. aus Belgien, Uhren und Teile sowie verschiedene Textil- und Lederzeugnisse aus Frankreich, Gummischuhe, Pelzwaren und Handtaschen aus dem Niederlande und Kristallprodukten aus der Tschechoslowakei.

## Deutschland — Griechenland

Über die seitens der griechischen Regierung gegenüber deutschen Importeuren verhängte Einfuhrzölle erfahren wir von ausländischer deutscher Seite weitere Einzelheiten. Im ersten Märzhalbjahr hatte Westdeutschland der griechischen Regierung für den Export von Kohle in Höhe von 4,3 Mill. Dollar Einfuhrzölle in Höhe von 1,3 Mill. Dollar einbezahlt, die nahezu ausschließlich aus dem Export von Kohle in Deutschland resultierten. Lediglich eine kleine Menge Spritze von etwa 200.000 Dollar konnte zur Einfuhr anderer deutscher Produkte angelegt werden. Da jedoch nicht nur dieser Betrag erschöpft, sondern darüber hinaus die griechische Regierung in den vergangenen Monaten Importlizenzen für Einfuhren aus Deutschland in bereits größerem Umfang erteilt, sind griechische Gegenleistungen auf Grund deutscher Bestellungen erfolgt, entstand für Griechenland ein Debit-Saldo in Höhe von etwa 2,5 Mill. Dollar. Mit Rücksicht auf die Verpflichtung bei der Quartalsabrechnung diesen Betrag in Dollar zu gleichen zu müssen, nicht die griechische Regierung sich verweigert, weitere Einfuhren aus Westdeutschland solange auszusparen, bis von deutscher Seite aus Anlässe sichtbar werden, die eine Abtragung des Debit-Saldos ermöglichen. Da in letzter Vergangenheit ein weiterer größerer Vertragskontrakt mit Griechenland zum Abschluß kam, wonach die vertraglich vorgesehene Tabakabnahme im Werte von 2 Mill. Dollar erfüllt ist und weitere Importe aus Griechenland, z. B. Reis, angebahnt werden und darüber hinaus noch Importpositionen in den nächsten IAC-Listen für Individualimporten zu erwarten sind, dürfte sich der Saldo in Kürze zugunsten Griechenlands entwickeln.

Der Termin für die neuen deutsch-griechischen Handelsvertragsabmachungen, der in der Vergangenheit

mehrfach verschoben wurde, liegt auch gegenwärtig noch nicht fest. Über die Höhe der Zölle und die Westdeutsche Griechenland im 2. Märzhalbjahr eintrifft wird, ist eine Einigung noch nicht erzielt worden. Die für Westdeutschland zuständigen Stellen sind sich jedoch einig, daß im kommenden Jahr über die Zölle und die Rechte des Vorjahres hinaus ein größerer Betrag eingekauft werden sollte.

## Großbritannien bester Kunde Niedersachsens

Von den im ersten Vierteljahr 1949 aus Niedersachsens exportierten Waren im Werte von 41,8 Mill. DM entfielen 4,3 Mill. DM auf Großbritannien. Die Niederlande und die Schweiz waren an der Ausfuhr im Berichtstrimester mit je etwa 2,5 Mill. DM beteiligt. Waren im Werte von 24,7 Mill. DM wurden nach europäischen, 16,8 Mill. DM nach osteuropäischen, 3,7 Mill. DM nach asiatischen und 2,7 Mill. DM nach amerikanischen Ländern geliefert. Auf Kraftfahrzeuge entfielen im ersten Vierteljahr 1949 0,8 Mill. DM, während Baumaterialien im Werte von 11,3 Mill. DM und Lebensmittelwaren im Wert von 1,3 Mill. DM die größten Exportposten bildeten. Der Saldozeit beträgt sich auf rund 200.000 DM.

## Nahrungsmittelfuhr 1948/49

Im Rechnungsjahr 1948/49 wurden aus den USA und anderen Ländern Nahrungsmittel, Saatgut und Düngemittel im Werte von 230 Mill. Dollar in die Doppelzone eingeführt. Der größte Teil der Einfuhr des Jahres 1948 entfiel auf Getreide und Öle im Werte von 58 Mill. Dollar. Saatgut und Düngemittel wurden für 49 Mill. Dollar eingeführt. Die Lieferungen aus Frankreich und Belgien, hauptsächlich aus Spanien, Holland und Belgien, betragen 29 Mill. aus Norwegen, Dänemark und Großbritannien, wurden Frische für 23 Mill. und aus Südamerika, Belgien, den USA, Frankreich und der Schweiz Fleischwaren für 13,5 Mill. eingeführt.

Nach längerer Pause hielt am 17. Juni der Länder-Ausschuß Teil II des Vereinigten Wirtschaftsgebietes eine Sitzung in Höchst ab. Dem Ausschuß gehörten bekanntlich die Textilvertreter der Länder und die Vertreter der VIV an. Es handelt sich also größtenteils um die ständige Hälfte der Wirtschaft und damit zugleich um die noch verbleibenden Reste der Wirtschaftskommis. Die Bedeutung der Ausschüsse ist mit der freihandlichen Entwicklung immer geringer geworden. Um so interessanter ist aber ein Blick in das Programm der Tagung, aus dem sich ersehen läßt, um welche Fragen es in den noch verbleibenden Lenkungsmaßnahmen geht.

1. Neubesetzung der Anordnungsstellen. Nach dem Prof. Krenz eingangs versucht hatte mit dem Programm der alten Anordnung Teil II/4 die Aufhebung der Bewirtschaftung auf dem Textilgebiet durchzuführen, liegt jetzt eine Neubesetzung vor. Die Amerikaner hatten sich dem von Direktor für Wirtschaft vorgesehenen Weg widersetzt und einen Beschluß des Wirtschaftsrates gefordert. Die neue Anordnung enthält nur die gesetzlichen Grundlagen für die Festgabe von Textilien und wendet in diesem Zusammenhang außerdem die Befugnisse des Direktors für Wirtschaft in bezug auf gewisse Ausnahmemaßnahmen an.

2. Planung. Auch die Einfuhrpläne für das nächste Jahr sind bekannt. Inwieweit diese Angelegenheit der Wirtschaftskommis. Die Vorschläge für 1949/50 wurden bereits vor längerer Zeit in den Textilverträgen der VIV ausgehandelt und lagen in Paris zur Begutachtung vor. Nach einigen Änderungen sind jetzt für die Textilindustrie Importe im Gesamtwerte von 202 Mill. Dollar vorgesehen, wobei 55 Mill. auf Garn und Fertigarben entfallen sollen. Nachdem im Märzhalbjahr 1948/49 die tatsächliche Devisenverfügbarkeit für die Textilindustrie sich bereits auf 200 Mill. Dollar — gegenüber 190 Mill. Dollar, die zunächst im Plan vorgesehen waren — belief, ist verständlich, daß die westdeutsche Textilwirtschaft mit den gesamten Planzahlen nicht einverstanden ist und eine Erhöhung um etwa 70 Mill. Dollar fordert. Diese Forderung wird mit der Feststellung begründet, daß man sich jetzt am Ende des alten Märzhalbjahres durchaus in der Lage sei, noch weitere Beträge — man denkt an Übernahmen aus nicht ausgenutzten Devisen anderer Industriezweige — zu übernehmen. Dem Länderausschuß lagen diese Einzelheiten nur zur Information vor. Beschlüsse wurden, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, nicht gefaßt.

3. Außenhandel. Hier stehen für die staatlichen Stellen vor allem zwei Einrichtungen im Vordergrund: Die Fachstellen und der Gemischte Einfuhrsausschuß. Nachdem durch das Fachstellengesetz die Aufgabengebiete dieser Einrichtungen weitgehend ungefähr umrissen wurde, geht es trotz des offenbar nur selbständigen Charakters und mancher aus dem ungedruckten Gesetzentwurf ersichtlichen Unklarheit im wesentlichen einmal um die Aufbringung der Unkosten. Laut Gesetz werden die Personalkosten von Staat übernommen. Bei den noch vorhandenen Kräften der Fachstelle Textil-

Außenhandlung wurden für das deutsche Bergarbeiterprogramm hochwertige Nahrungsmittel für 25 Mill. Dollar eingeführt. 5 Mill. Dollar wurden für Bonitas II-Nahrungsmittel und 5 Mill. Dollar für die Einfuhr von Kaffee ausgegeben.

Vor kurzem wurden für die Einfuhr von Reis nach Westdeutschland 24 Mill. Dollar freigegeben. Bisher wurden 11.500 t Reis aus Italien eingeführt. Die Karte der ablaufenden Woche wurden weitere Käufe über 21.000 t Reis mit Italien und Ägypten vereinbart. Im zweiten Halbjahr sollen weitere Devisen für die Reisefuhr zur Verfügung gestellt werden.

## Nachtrag zur Verlaubarung Nr. 1 d. gemischten Einfuhrsausschusses

Zu der am 2. 3. 1949 im Öffentlichen Ausschuss für das vereinigte Wirtschaftsgebiet" bekanntgegebenen Verlaubarung Nr. 1 des Gemischten Einfuhrsausschusses auf Grund der JVA-Ausweisung Nr. 29 wird folgender Nachtrag veröffentlicht:

§ 1 C. Die Beträge werden in Dollar veröffentlicht. Bei Käufen in anderen Währungen gilt der Devisenwert, der auf Grund des in dem betreffenden Handels- und Zahlungsabkommen festgelegten amtlichen Umrechnungskurses errechnet worden ist.

§ 1 D. Falls nicht anderweitig bestimmt, ist jeder für eine Warenposition veröffentlichte Betrag der für die Warenart eintritt. Fracht, Versicherung oder sonstige in Devisen zu zahlende Einfuhrkosten demselben verfügbaren und gemischte Gesamtbetrag. Einfuhrverfügungen können im Rahmen des für die betreffende Einfuhr genehmigten Gesamtbetrags erteilt werden. Falls der Verkäufer die Fracht, Versicherung oder andere in Devisen zahlenden Kosten nicht trägt, muß das zugunsten des Verkäufers ausgewählte Abkürzungsverfahren entsprechend geringeren Betrag lauten.

XIV. Wenn bei einer veröffentlichten Warenposition ein zusätzlicher Gesamtbetrag neben der für die Lieferländer angegebenen Wertgrenze aufgeführt ist, darf die Gesamtzufuhr

industrielle, die größtenteils aus dem ehemaligen Fachreferat der VIV übernommen wurden, hat es aus diesem Anlaß erhebliche Gehaltsänderungen gegeben, teilweise bis zu 40 Prozent vom Nettobehrag. Aber auch die Aufbringung der Sachkosten ist noch keineswegs geklärt. Man hat zunächst eine Abgabe von 0,6 je 1000 Dollar der durch die Fachstelle laufenden Importe vorgeschlagen. In der Fachstelle selbst ist man der Ansicht, daß diese Abgabe zu klein sei, um die anfallenden Unkosten zu decken. Man darf die so ergebnislos sagen, daß im Falle weiterer Freiheiten in den Einfuhren, sich diese würde, ohne daß zunächst mit einer umfangreicheren Abnahme der Sachkosten gerechnet werden könnte.

Im Hinblick auf den Gemischten Einfuhrsausschuß geht es um die staatlichen Stellen vor allem um die immer größer werdenden Schwierigkeiten mit dem neuen § 13 zu der Verlaubarung Nr. 1. Exporteure können bekanntlich auf Grund dieses Paragraphen über die VIV beim ECA Devisenkontingenten für Importe beantragen, die zur Aufrechterhaltung oder besonderen Förderung ihrer Produktion notwendig erscheinen. Die Anträge liegen nun schon in großer Menge dem ECA vor, ohne jedoch fest besetzt worden zu sein. Vielfach wird die Bearbeitung durch Rückfragen, die sich eigentlich auf Grund der Begründung durch die VIV erübrigen sollten, hinausgezögert. Auch hier sind Beschlüsse des Länderausschusses nicht bekannt geworden. Man darf aber hoffen, daß wenigstens die Tatsache einleuchtend zur Kenntnis gekommen ist.

4. Warenverkehr mit Berlin und der Ostzone. Die Probleme dieses Punktes sind bekannt. Man wird ganz allgemein gesehen, vor allem auf einen Ostzonenmarkt drängen, der sowohl wie irgend möglich, jedem Bargeldverkehr ausschaltet. Zu diesem Zweck werden von beiden Seiten Wunschkäufen aufgestellt, deren

für Einfuhrbewilligungen den oben erwähnten zuzurechnenden Gesamtbetrag nicht übersteigen. Die Einfuhrbewilligungen für jedes Land dürfen nicht höher sein als die für das betreffende Land aufgeführte Wertgrenze. Ein Importbewilligungsbetrag für mehr als ein Land stellen, jedoch darf die Gesamtsumme seiner Anträge 50% des zuzurechnenden Gesamtbetrags nicht übersteigen, es sei denn, daß in der betreffenden Verlaubarung der Gemischten Einfuhrsausschusses für den unmittelbaren Gesamtbetrag die Beschränkung von 50% aufgehoben ist.

## Steigender Außenhandel über Hamburg

Der Außenhandel über Hamburg erreichte im Mai 255,8 Mill. DM. Das bedeutet nach Angaben des Handelsstatistischen Amtes gegenüber dem Vormonat eine Zunahme von rund 20%. Die Einfuhr erreichte im Mai einen Wert von 204,5 Mill. DM, davon Lebensmittel im Wert von 129,9 Mill. DM. In der gleichen Zeit wurden Waren im Werte von 47,3 Mill. DM exportiert, d. h. 2,7% mehr als im April. Den größten Anteil hatte die Fertigwareneinfuhr mit 22,9 Mill. DM. Sie hat sich gegenüber dem Vormonat um über 25% erhöht.

Hamburg, Hamburg wird regelmäßig von 118 Schiffearten angefahren. Davon entfallen 58 Linien auf Übersee, 39 auf Europa und 19 auf die Deutsche Küstenschifffahrt. Im Mai trafen in Hamburg 900 und im April 767 Schiffe mit zusammen 731.718 BRT ein.

## Neue Export-Kamera „Agfa Karat 36“

Die Agfa-Werke haben die Produktion der neuen eigene für den Export entwickelten Kamera „Karat 36“ aufgenommen und bereits vielversprechende Verhandlungen mit ausländischen Käufern angebahnt. Die Kamera mit eingebautem Entfernungsmesser ist mit dem besonders leistungsfähigen Objektiv „Heligon“ (1:2,8) der Firma Rodenstock (München) ausgestattet. Der Filmtransport ist mit der Verschlussmechanik kombiniert. Die üblichen 36er Filme können verwendet werden.

# Länderausschuß-Sitzung in Höchst

Abtrotzung allerdings noch einige Schwierigkeiten enthält. Besonders bedauerlich sind die Schwierigkeiten der West-Berliner Industrie. Infolge der Gemischungspflicht jeder Transportierung von Ost nach West ist selbst bei hohen Westmarktkursen der Ankauf der Berliner Firmen an den Werten kaum möglich, da die verfügbaren Gelder nicht überflüssig werden können. Gelegentlich Versuche, auf dem Wege über eine Beibehaltung der Berliner Industrie durch westdeutsche Banken einen Ausweg zu finden, können niemals zu einer erfolgreichen Lösung führen.

Kreditfragen. Der Investitionsbedarf der westdeutschen Wirtschaft ist auf rund 6,5 Milliarden DM geschätzt worden. In Paris sprach man davon, daß etwa 6 Milliarden davon aus eigener Kraft in Deutschland aufgebracht werden könnten. Niemand weiß genau, wie diese Zahlen zustande gekommen sind. Aber seit sie nun einmal in Paris genannt wurden, bleiben sie Grundlage aller Besprechungen zu der Frage Investitionen. Auch in den Länderausschuß-Besprechungen dürfte man zu keine Ausnahme gemacht haben. Gerade diese Spiel mit Zahlen, an dem die staatlichen Stellen schon immer eine große Wichtigkeit haben, umrührt aber die Wirtschaftskräfte dieser Art. Weiterhin wurde der Länderausschuß noch über die Lage in der Kohlenbefuhrung unterrichtet. Die Einzelheiten dazu sind in der Öffentlichkeit bereits bekannt.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Das einzig wirklich Bedeutsame an der ganzen Ausschusssitzung war die Tatsache, daß erstmalig die Mitglieder der französischen Zone als vollberechtigte Teilnehmer in den Besprechungen saßen, während es bisher nur als Gäste an solchen Sitzungen teilnehmen konnten. Man kann diese Einbeziehung der französischen Zone als einen offiziellen Schritt auf dem Wege zur Trizone werten.

# Absatzkrise in Holz

Die gegenwärtige Absatzkrise in der Holzwirtschaft in Westdeutschland wurde, wie auf einer Tagung der Sägeindustrie in Köln erklärt wurde, nicht durch mangelnden Bedarf, sondern durch Mangel an Kaufkraft verursacht. Die Schwierigkeiten könnten nur durch Kreditvermehrung, insbesondere an die Holzwirtschaft, behoben werden. Die Sägeindustrie wende sich gegen die Holzverwertung; sie sei ein stabiles Preisen interessiert und lehne deshalb auch überhöhte Preise ab, die unter Ausnutzung eines besonders dringlichen Bedarfs, wie z. B. im Ruhrgebiet, erzielt würden.

Die Rundholzversorgung der westdeutschen Sägewerke weist nach Ausführungen des Leiters der Holzwirtschaftsstelle Nordrhein-Westfalen als beträchtliches Defizit auf. Bei Laubholz betrage der Bedarf 445.000 t und die Deckung 280.000 t; bei Nadelholz sei der Bedarf von 1,1 Mill. t nur in Höhe von 530.000 t gedeckt. Die Sägewerke seien mit Holzholz gegenwärtig für rund 4 Monate eingedeckt; die Schnittholzverträge hätten sich infolge der Zurückhaltung der Kiefern- und des Bergbaues stark vermindert. Der Holzbedarf in Nordrhein-Westfalen werde, ohne den zusätzlichen Auftragsbedarf, auf jährlich 12 Mill. t geschätzt.

Der Wert der westdeutschen Holzindustrie dürfe im Holzwirtschaftsjahr 1948/50 rund 20 Mill. \$ betragen (1947/48: 150.000 \$; 1948/49: 13 Mill. \$). Rundholz läßt sich nach wie vor von der Einfuhr ausgeschlossen; dagegen soll Faser- und Grubenholz eingeführt werden.

Die JEIA hat die Einfuhr folgender Holzsorten freigegeben:

Sorten	Belgien, Österreich	1949
Holzspanplatten	Dalme	25
Holzspanplatten	Norwegen, Preußen	10
Holzspanplatten	Preußen	10
Holzspanplatten	Preußen	10
Holzspanplatten	Schweden	20
Holzspanplatten	Schweden, Preußen	20
Holzspanplatten	Preußen	20

Die erste Lieferung schwedischer Holzspanplatten gemäß einem Ausnahmevertrag einer Lübecker Firma traf in Lübeck ein. Ferner werden größere Mengen Schnittholz und Schwellen aus

## Schweden für die Lübecker Hölzer

Schweden für die Lübecker Hölzer erwarten. In den für August vorgesehenen Handelsvertragsabmachungen zwischen Österreich und den Westzonen soll auch über umfangreiche österreichische Schnittholzlieferungen verhandelt werden. Österreich möchte ferner für je eine halbe Million Dollar Faserplatten und Kleben liefern sowie für 200.000 \$ Furnierholz in Westdeutschland absetzen. Über die Lieferungen von österreichischem Lärchenholz im Wert von 100.000 \$, lieferbar in den nächsten Monaten, wurde kürzlich zwischen den Westzonen und Österreich ein Abkommen getroffen.

Im Farnberger Hafen sind kürzlich acht Schiffe beladen mit 400 Kubikmeter Standardholz aus Schweden und 1700 Raummeter Rundholz aus Finnland — eingetroffen.

## Internationaler Ingenieur-Kongreß

In Konstanz tagt zur Zeit der vom französischen Verband der Diplom-Ingenieure FAESI veranstaltete internationaler Ingenieur-Kongreß. Das Ehrenpräsidenten übernahm der französische Oberkommissar, General Kricheldorf. Präsident der Tagung ist Generalgouverneur Pierre. Dem französischen Ehrenpräsidenten gehören neben Minister Allan, Fohrer, Bergbauingenieur und Generalkommissar für deutsche und österreichische Angelegenheiten, die Herren Hepp, Chef der Division Information, und Meyer, Chef der Division economic générale et finances, ein Hund 900 Teilnehmer aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Holland, Luxemburg, Österreich, der Schweiz und den USA, darunter der Gouverneur von Bayern, Murray von Wagner, und Dr. Eugen Diesel, ein Sohn des Erfinders des „Diesel-Motors“, beteiligen sich an den Veranstaltungen des Verbandesprogrammes, das neben Fachreferaten in den Kongreßtagen deutsch, französisch und englisch durch kulturelle Veranstaltungen, vornehmlich von den eingeladenen 11 deutschen Ministerpräsidenten ist der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Lüdemann, bereits eingetroffen. Die technischen Hochschulen von München, Darmstadt, Aachen, Karlsruhe, Stuttgart und die Technische Universität, Berlin sind durch zahlreiche Professoren, die beiden erkrankten Hochschulen auch durch ihre Rektoren vertreten. An dem weit mehr als eine Fachtagung umfassenden Kongreß beteiligen sich durch ihre Vorstände auch mehrere Gesellschaften deutscher Ingenieure.

wurde, auch den geliebtesten führenden Unternehmern die Hände so stark gebunden waren, konnte sich dieser Geist nicht entwickeln.

Auch für uns Wirtschaftler, oder gerade für uns, ist der Geist wichtiger als die Materie. Nicht um Löhne und Preise geht es in Europas Wirtschaft, sondern um einen neuen Gestaltungswillen. Dieser allein stabilisiert uns sozial.

## D-Mark sehr fest

Die Marktlage\* Wahrscheinlich wird in den nächsten Tagen ein Währungswechsel stattfinden. Das kann aber nur, wenn die 250 Mill. DM für das Elektrizitätsprogramm und die 135 Mill. DM für das Bergbauprogramm auf den Gegenwert für Marshallpläneinfulhren übernommen werden. Würde der dies genehmigt, dann würden wieder die Kreditmittel aus diesem Fonds, auf den die Wirtschaft so stark gehofft hat, erschöpft sein. So geht es also nicht.

## Reichsbahn-Anleihe

Gerdau erschütternd ist das Zeichnungsergebnis der letzten noch ausstehenden Reichsbahnanleihe. Alle Propagandamittel sind in Bewegung gebracht worden, um diese Anleihe zu einem Erfolg zu bringen. Die finanzielle Auswertung der Anleihe ist ausgerechnet, aber es ist heute schon klar, daß die Anleihe ein Mißerfolg wird. Bisher sind etwa 50 Mill. DM gezeichnet. Auf 600 wenigstens aber auf 250 Mill. DM hatte man gehofft. Aus einem Bericht, den wir aus Frankfurt erhalten haben, entnehmen wir dazu: „Mit einem legendären Ausmaß werden Ergebnisse dieser Anleihe wird durch die Publikum gehen als unvorstellbar. Anleihen und Zurückhaltung der Sparrer Konzeptionen zu

WIRTSCHAFTSREVUE-VERLAG G.M.B.H., Konstanz a. B., Postfach 28, Chertoldstraße; Oskar Krauss, Friedrichstr. 10; Redaktion: Dr. E. Hoffmann, A. G. Kriegerstr. 11, 814 und Dr. H. Kriegerstr. 11, 814 mit Namen; alle Verträge werden verbindlich und verbindlich. In diesem Sinne: Friedrichstr. 10, 814, Postfach 28, Konstanz. Alle Verträge werden verbindlich und verbindlich. In diesem Sinne: Friedrichstr. 10, 814, Postfach 28, Konstanz. Alle Verträge werden verbindlich und verbindlich. In diesem Sinne: Friedrichstr. 10, 814, Postfach 28, Konstanz.





# Pariser Brief: Der Unfug des „Dirigismus“

Von unserem Pariser Marx-J-Korrespondenten

Einer der berühmtesten französischen Nationalökonom, Jacques Rueff, hat sich in seiner üblichen Blaupause an den letzten Dirigisten (Lenker und Planer) gewandt (alles Parlamentarier, kein einziger Sachverständiger darunter, der auf übliche Erfahrung zurückblicken könnte), die eigenartig natürliche Gegebenheiten auf Grund der natürlichen Studien ihrer Gehirne umformen wollen.

Der Dirigismus ist nicht tot, wie die letzten Debatten in der Abgeordnetenkammer über Treibstofffragen dies beweisen . . . aber es handelt sich nicht mehr um ein technisches Problem, um ein politisches Argument der Wahlen, Dirigisten (technischer Notwendigkeiten wegen, aus Prinzip, oder aus politischen Gründen gibt es nicht mehr. Es gibt nur noch Freunde, die zu erhalten, Lieferungen, die zu verteidigen, Besetzungen, die bestehen bleiben sollen, und Posten, die zu rechtfertigen und zu verwalten wären.

„Spiele an Dirigisten“ (Spiel an die Lenker und Planer) so heißt das kleine Buch von Rueff, das von der Voraussetzung ausgeht, daß es sich bei den Dirigisten um Leute handelt, die das Wohl der von ihnen betreuten wollen . . .

Was die Dirigisten gleichzeitig anstreben, ist Ordnung und Freiheit. Sie haben indessen die Preise auf einem Niveau festgelegt, das von dem ihnen zurechnenden Gleichgewicht verschieden ist. Und was es damit erreichen, ist Unordnung und Tyrann.

In unserem Wirtschaftssystem führen die meisten Tätigkeiten zu Angebot und Nachfrage. Damit sie abwechseln können, müssen aber Partner gefunden werden. Nur unter dieser Voraussetzung wird ein vollständiger Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zu erreichen sein, das die Gesamtwert in Geld ausgedrückt — dem Gesamtwert der Angebote gleichkommt.

Es macht sich jedoch besonders bei dieser Rechnung ein besonderer Faktor bemerkbar, der Mensch. Der Mensch hat Vorlieben, die seine Haltung bestimmen. Und hier beginnt die Schwierigkeit für die Dirigisten. Alle können jene, die vorzuziehen, die Margarine beliebter zu machen als die Butter, die Kleider beliebter als den Stoff, den Beruf des Bergmanns beliebter als den des Beamten, die Schachschachne beliebter als den Verkauf.

Von den Bedingungen, die das Verhalten der Menschen bestimmen, ist der

Preis die entscheidende. Er bestimmt die Größe des Opfers, das von Konsumenten zu bringen ist und die Gegenleistung, die dem Erzeuger geboten werden kann.

Die von den Preisen bestimmte Haltung des Menschen ist den Dirigisten nicht angenehm. Auch während sie an jener Macht waren, konnten sie daran jedoch nichts ändern. Es sind also die Preise, die für die Nachfrage und das Angebot auf dem Markt maßgebend sind. Aus diesem Grunde kann bei einem Regime der Freiheit lediglich bei etabliertem Preisniveau das Angebot der Nachfrage entsprechen. Infolgedessen wird jedesmal, wenn es den Dirigisten gelungen sein wird, auf amtlichem Wege einen Preis, einen Lohn oder einen Wechselkurs auf einem Niveau festzusetzen, das von dem vertriebenen ist, das sich von selbst ergeben würde, das Angebot nicht auf dem Niveau der Nachfrage liegen und kann nicht gar nicht auf ihm liegen können. Es wird Angebote und Nachfrage geben, für die sich keine Interessenten finden, weil sie nicht der Unbeweglichkeit der Preise zur Seite vorhanden sein können. Den Dirigisten wird es auf diese Weise nicht möglich sein, zu vollenden, was durchzuführen, sie sich vorgenommen hatten.

Überlegen wir stattdessen: Seitdem produziert wird, werden auch Preise gebildet. Die Käufer stehen Schlange vor den Läden. Beweis das nicht, daß ein Preis von ihnen befreit, nicht zu bekommen? Das gleiche gilt von den Löhnen. Sie liegen seit der Befreiung Frankreichs unter dem Kurs, auf den ein freies System sie gebracht haben würde. Ergebnisse der schwarzen Arbeitsmarkt und die Entstehung geheimer Überläufer.

Die Festlegung eines Preises auf ein Niveau, das verschieden von dem ist, das frei zustande gekommen wäre, schafft eine Ungleichheit zwischen Nachfrage und Angebot.

Wenn der Preis unter der Gleichgewichtslage gehalten wird, so übersteigt die Nachfrage das Angebot. Es bildet das gewisse, Interessenten die einzige Chance ein Angebot auf dem Markt zu erhalten. Liegt der Preis über dem Gleichgewichtsniveau, dann werden einige glückliche Anbieter Käufer finden.

Es gibt keine Freiheit der Wahl mehr; die Preisfestsetzung schafft das Chaos.

Was werden jedoch die nicht zufriedenen Verkäufer oder Käufer tun? Sie werden, um vorwiegend zu werden, geheime Verträge und nachlässige Vorteile anbieten: Schwarzer Markt also.

Die dirigistische Lösung ist einfach: Sie besteht in dem Versuch, auf amtlichem Wege diejenigen der beiden Größen (Angebot und Nachfrage) zu verändern, die die andere übersteigt. Das bedeutet aber allgemeine Rationierung, die Vernichtung der Freiheit der Arbeit oder der Freiheit des Verkaufs.

Man soll jedoch nicht glauben, daß von dieser Entwicklung nur die wirtschaftliche Freiheit betroffen wird. Man ist im Begriff, auch den Wechsel der Arbeitskräfte und den Wohnstätten zu unterstellen ähnlich wie im dirigierten England, das den Jahr 1947 die „Arbeitspflicht“ brachte.

Die Dirigisten haben eine Gesellschaft geschaffen, in der die Kaufkraft nicht die Gesamtheit gibt, nach Kaufkraft zu leben, in der die Arbeitskraft keine Sicherheit bietet, arbeiten zu können und für die Freiheit eine leere Form ist.

Ohne Freiheit der Preise kann es keine wirkliche Freiheit des Menschen geben. So definiert ist noch die Frage des Wohlstandes der Massen.

Die Dirigisten glauben, die Härten der Zeit für die Massen vor allem für die der Bedürfnisse unter ihnen, durch die Preispolitik lindern zu können. Sie erreichen aber tatsächlich nur eine allgemeine Senkung des Lebensstandards.

Es wurde von den Dirigisten nicht erkannt, daß Produktion und Verbrauch keine Einrichtungen der Natur, sondern menschliche Schöpfungen sind.

Die Produktion ist die Tochter des Wunsches und in der Geschichte der menschlichen Beziehungen ist die Kompensation für die menschliche Begehrung (oben das, was den Menschen zur Leistung anspornt) bald zum Lohn geworden. Sehr bald ist es der Mechanismus der Preise, der unter den Wünschen der Menschen diejenigen auswählt, die eine Nachfrage und zu deren Befriedigung aus dem Nichts neue Güter entstehen lassen.

Halten wir fest: Wenn für den Weizen ein niedriger Preis festgesetzt wird, dann pflegt der Bauer Roggen; weil die Mieten nicht genügend einbringen,

wird in Frankreich nicht mehr geerntet, und so fort . . . die Reihe könnte verlängert werden.

Gewiß erwarten die Dirigisten, daß die Planung den Mechanismus der — blockierten — Preise nicht mehr empfinden lassen wird. Der Dirigismus legt die Preise jedoch auf einem Niveau fest, das sich von dem eines spontanen Gleichgewichts unterscheidet. Es wird dann eine Situation geschaffen, die Produktion und Konsumenten dazu veranlassen muß, Handlungen zu begehen, die verschieden von jenen sind, an die die Freiheit sie hätte denken lassen.

Die Dirigisten veranlassen den Menschen, von seinem normalen Verhalten abzugehen. Von hier bis zum Zwang ist nur ein Schritt, und wir wissen, daß die Dirigisten ihn überall setzen haben.

Jedoch der Zwang führt zur Sabotage, die bei einem Regime der Freiheit nicht bestehen kann, aber untrennbar mit dem Dirigismus und seinen politischen Konsequenzen verbunden ist. Die Schuldforderung ist klar: Die Preiskontrolle organisiert den Mangel, der beschwerend macht, was es zu produzieren verhindert. Sie nimmt dem Menschen die Möglichkeit, die Welt nach seinen Wünschen zu formen. Sie schafft eine Welt, deren Struktur sich aus rein zufälligen Umständen ergibt und die, da sie nicht mehr für den Menschen gemacht wurde, ihm nicht

andere als ohne Sinn und Verstand erscheinen kann.

Die Blockierung der Preise ist auch nichts weniger als eine „soziale Politik“. Gewiß verringert sie anfangs den Vorteil der Unternehmer und überträgt Kaufkraft auf die Arbeiter, diesem Prozess sind aber aus dem einfachen Grund Grenzen gesetzt, weil in Frankreich der Gewinn der Unternehmern (der Unternehmer und Aktionäre) nur 10% des nationalen Einkommens beträgt.

Die Folgerung ist einfach: Entweder schließen die Unternehmen ihre Pforten oder aber der Staat subventioniert sie . . . indem er ihnen Kaufkraft stellt. In beiden Fällen wird es mehr Konsumenten als zu kaufende Produkte geben.

Hier erscheint dann die Rationierung als unvermeidlich: Die erzwungene Entscheidung, die auf amtlichem Wege die veranschlagte Kaufkraft auf den Gesamtwert der angebotenen Güter herabsetzt, bei Preisen, die man aufrecht erhalten möchte.

Gewiß hat man eine Währung, die theoretisch eine höhere Kaufkraft besitzt . . . ihre praktische Verwendung ist aber nie nach Maßgabe der verfügbaren Rationen erlaubt.

Da die Rationierung, die Bedürfnisse des Lebens nicht sehen will und einen ihnen widersprechenden Anschein bestehen läßt, macht sie streng durchgeführte, die Lüge zum Regierungssystem.

Schließlich wird der Schwarzmarkt unvermeidlich, der dafür Sorge trägt, daß in kürzester Zeit das künstliche Gleichgewicht der Entbehrungen über den Haufen geworfen wird.

Man wird einwenden, daß die Kontrolle und die Rationierung schlicht angewandt werden und es waren jedoch deren glühende Anhänger seit der Befreiung an der Macht, die hatten die gesamte Volkswirtschaft, das Land haben sie nicht verändert, sondern noch gestärkt, zu dem alten Unschicklichen neue, die der Schwarzmarkt mit sich gebracht hat, hinzugefügt.

Und selbst in England, wo die Inselbewohner und der Bürgerkrieg eine bessere Anwendung des Systems erlaubt haben, war das erste Ergebnis des Dirigismus die Begrenzung der Nachfrage nach dem Wert der wirklich produzierten Wirtschaftsgüter und der Versuch, die Verteilung dadurch gleichmäßiger zu gestalten. Wenn auch zugegeben ist, daß das Ergebnis jenseits der Kanäle besser war als anderswo, so bleibt nicht weniger wahr, daß die dauerhaftesten Folgen — und auch die fruchtbarsten — darin bestanden haben, daß die Verringerung der Produktion angepaßt, die teilweise ständig Anpassung der Produktion an die Nachfrage verhindert, die Auslastung der Unternehmen und die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Frage gestellt wurden.

Indem er die Menge und die Verwendung der produzierten Wirtschaftsgüter verringert, setzt der Dirigismus den Lebensstandard, nicht zum Vorteil der Bedürftigsten, und zum Schaden aller Verloh.

Es ist einer der größten Irrtümer, zu glauben, daß er dem einen gibt, was er dem anderen nimmt, denn die Güter, die er nicht verteilt, hat er, er vor allem, gar nicht entstehen lassen.

## Westhilfe für Jugoslawien

Während die dritte Konferenz in Brüssel nach allfälligen noch nicht bestätigten Meldungen wirtschaftliche Sanktionen gegen Jugoslawien beschlossen haben soll, sind die Vereinigten Staaten offensichtlich zu einer Hilfestellung für Jugoslawien bereit. Auch politische Erwägungen machen diese notwendig. Der österreichische Staatsvertrag wird nach den bisherigen Verhandlungen die Gebietsforderungen Jugoslawiens nicht erfüllen. Die Westmächte wollen nun als Ausgleich Jugoslawien auf wirtschaftlichen und finanziellen Gebiet entgegenkommen. Die Vereinigten Staaten sind sich dabei darüber im klaren, daß die Einstellung Tito und seine Wirtschaftspolitik eine kommunistische nicht, sondern einseitig nationalistische Kraftprobe für die Vereinten Staaten sind. Einmalig wird, aber die Vereinigten Staaten legen im Interesse des weltwirtschaftlichen Wiederaufbaus einen entscheidenden Wert auf die Sicherung des Ost-West-Handels. Auch Jugoslawien stellt politische Bedeutung dieser Art zurück. Die öffentliche Meinung ist im Sinne der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Westmächten bereit. Die Belgrader Zeitung „Politika“ hat sich besonders stark für einen Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern des Ostens und den kapitalistischen Ländern eingesetzt und dabei als Beispiel die Lieferung polnischer Kohle gegen französische und italienische Petroleum anggeführt. Auch andere Zeitungen wie die „Borba“ bringen diese Frage auf die allgemeine Formel, daß alle Länder des Ostens auf enge Beziehungen zum Westen angewiesen seien, weil sie sonst ihre lebenswichtigen Industrien nicht durchführen könnten.

Die wirtschaftlichen Interessen beider Seiten sind klar gegeben. Die USA interessieren sich für die Rohstoffvorkommen in Jugoslawien, insbesondere Kupfer, Zink, Chrom, Quecksilber, für die Wolle und für die Abbaumöglichkeiten in diesem wirtschaftlich aufstrebenden Land. Jugoslawien ist aber, wie seine Presse mit Recht betont, im Interesse seines Aufbaus auf die Unterstützung des Westens, insbesondere auf die Maschinenlieferungen, angewiesen, d. h. auf Anleihen und Kredite.

Die erste Hilfestellung war die offiziell allerdings nie bestätigte Freigabe eingefrorener jugoslawischer Guthaben in den USA in Höhe von 17 Mill. Dollar. Das Abkommen soll am 3. Sept. v. J. abgeschlossen sein und während die Lieferung von Eisen und Metallen aus Jugoslawien vorgezogen haben. Ferner haben die Jugoslawen demals Vorkriegsständen und Entschädigungsbeträge für nationalisiertes ausländisches Eigentum anerkannt.

Die Anleiheverhandlungen ziehen sich seit langem hin. Gelegentliche Demonstrationen über eine Bestätigung. Bekannt wurden 3 Projekte. Das älteste ist die in den letzten Wochen wieder aktuell gewordene Rückzahlung der Weltbank an osteuropäische Länder, damit diese ihre Kollisionsforderungen an Westeuropa erfüllen können. Bei einem Gesamtbetrag von 14 Mill. Dollar würde Jugoslawien 1,7 Mill. erhalten. Sehr weit gediehen sind offensichtlich auch schon die Verhandlungen wegen einer 60 Mill. Dollar-Anleihe der Weltbank an Jugoslawien. Das amerikanische Außenministerium hat grundsätzlich zugestimmt, so daß die Weltbank schon in Einzelheiten eingegangen ist, wobei sie wie üblich die Verwendung dieser Anleihe als ein vorrangiger und konservativer Bankier gewissenhaft prüft. So kamen Meinungsverschiedenheiten über die Anlage der 60 Mill. in Jugoslawien auf die Weltbank betont hierbei aus einer Darstellung der New York Herald Tribune vor allem, daß Produktions- und Konsumgüterindustrien in Jugoslawien

mehr ausbalanciert sein müßten. Dritten beruht sich Jugoslawien um private Anleihen. Genannt werden als Verhandlungspartner die Chase National und die Bank of America, die Beträge je 5-15 Mill. Dollar. Am weitesten gediehen sind offensichtlich die Verhandlungen mit der italienisch-amerikanischen Bank of America, als deren Vertreter der italienisch-amerikanische Bankier Camillo Castiglioni mehrfach mit Tito persönlich gesprochen hat. Eine direkte Einschaltung in die Marshallhilfe wird weder von Amerika noch von Tito angelehnt, aber Jugoslawien könnte ähnlich wie Kanada einen erheblichen internationalen Nutzen aus dem Marshallplan ziehen, indem Bestellungen der Marshallplan-Länder wie in Kanada auch an Jugoslawien vergeben und mit Dollar bezahlt werden. Ferner ist eine Einschaltung in die von Truman angeregte Weltwirtschaftshilfe möglich, wenn diese trotz der hierfür wenig günstigen Stimmung des Kongresses abseits werden sollte.

Größtenteils denkt an eine Hilfestellung im Rahmen eines Handelsvertrages. Dieser soll auf umfassender Basis abgeschlossen werden, wobei für Jugoslawien ein Einfuhrüberschuß vorgesehen wird, der einem Kredit gleichkommen würde.

Diese und ähnliche Pläne werden sicherlich in den nächsten Wochen sprudeln werden. Ihre Verwirklichung wäre ein bedeutender Schritt im Rahmen der nicht nur von Amerika ausgehenden Bemühungen um Wirtschaftsverbindungen zwischen Ost- und Westeuropa. Einen gewissen Nutzen könnte auch Westdeutschland haben, denn wenn einmal der Weg gebahnt ist, werden andere Länder nachziehen können. Die USA leisten hier also eine Pionierarbeit, deren weltwirtschaftliche Bedeutung nicht genügend unterstrichen werden kann.

## Die österreichischen Stahlpläne

Um den Nachkriegsverhältnissen in geeigneter Weise Rechnung zu tragen, hat man in Wien Pläne für eine Reorganisation der österreichischen Stahlindustrie aufgestellt, die die bestehenden Einrichtungen teilweise, die Rohstahlerzeugung soll auf 1.375.000 t im Jahr gebracht werden. Sie würde damit um 45% über dem Vorkriegsstand liegen. Die Eisenerzeugung wird im Laufe der nächsten zehn Jahre von 4.100 t täglich auf 7.450 t erhöht werden. Sie erfüllt hauptsächlich die Gebiete von Hüttenberg und Erzeberg.

Die Vereinigten Eisen- und Stahlwerke in Linz sollen 300.000 t Roh Eisen und die Alpine Montanwerke in Donawitz 412.000 t jährlich erzeugen. Die Anlagen in Donawitz sollen die Rohstahlerzeugung in elektrischen Öfen aufbauen, um Devisen für den Kohleimport einzusparen.

Die Rohstahlerzeugung wird sich für die Folge hauptsächlich bei den Werken von Donawitz konzentrieren, doch soll Rohstahl auch von den Hoehfwerken in Kapfenberg gewonnen werden.

Das Programm sieht ferner vor, daß Qualitätsstähle, die bisher in Donawitz in elektrischen Öfen erzeugt wurden, in Zukunft von den Stahlerischen Gütefabriken in Judenburg gewonnen werden sollen, während andererseits die Siemens-Martin-Stahlerzeugung, die sich bisher in Judenburg konzentrierte, von den Werken in Donawitz übernommen wird.

Die Firma Hoehler-Stahl wird die Erzeugung von feinen Stahlblechen an die Walzwerke der Schoeller-Bleckmann in Hainburg abgeben, während die Erzeugung von Walzstahlblechen dieser Anlage von den Hoehfwerken in Ternitz übernommen wird. Die Alpine Montan wird auch in Zukunft der führende Erzeuger von Handelsstahl bleiben. Die Produktion von Handelsblechen soll in Linz zentralisiert werden. Das Walzwerk für Grobbleche in Donawitz wird in Reserve gehalten, und die Anlagen in Krieglach und Wartsberg sollen stillgelegt werden. Ferner soll ein modernes halbautomatisches Walzwerk in Linz errichtet werden.

Im ersten Quartal 1949 war eine weitere Ausdehnung der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie festzustellen. Die Rohstahlerzeugung erreichte 300.644 t gegen 128.600 t in der Vergleichszeit des Vorjahres und nur 99.750 t im Quartalsdurchschnitt 1937. Die Rohstahlerzeugung stieg von 143.250 t im ersten Quartal 1948 auf 168.600 t in der gleichen Zeit 1949. Sie betrug im Quartalsdurchschnitt 1937 nur 123.500 t.

Gruben wurden wieder aufgeschlossen, 1947 wurden 2 Mill. t, 1948 1,3 Mill. t Kohle gefördert und in diesem Jahr will man 4 Mill. t fördern. Inzwischen hat die Normalisierung der Verhältnisse aber wieder zu einer Berührung in der österreichischen Kohlenversorgung beigetragen und die Stahlerzeugung aus Pöden und aus dem Ruhrgebiet zwischen dem österreichischen Braunkohle- und Steinkohleerzeugung, weil die Inlandkohlenförderung nur in geringen Fällen eingeführt werden. Außerdem soll bei jedem Brennstoffeinsatz eine bestimmte Menge österreichischer Kohle mitbezogen werden müssen. Großverbraucher sollen womöglich nur oder in einem möglichst hohen Ausmaß Inlandkohle verbrauchen. Depotskohle und Kohle für Aemter soll in Inlandkohlen geliefert werden. Die österreichische Kohle war praktisch bisher fast ausschließlich als der Staat Subventionen bezahlte, die inzwischen aber in Fortfall gekommen sind und außerdem die Einfuhren gegen Dollar zu dem Zwangspreis 1 Dollar = 10 Schilling erfolgte, wodurch eingeführte Kohle ungewöhnlich billig blieb. Die Rentabilität des österreichischen Kohlenbergbaus soll aber im übrigen dadurch verbessert werden, daß man Modernisierungen in den Bergwerken durchführt, deren Anlagen vielfach überaltert und abgenutzt sind und die eine sehr rückständige Abbaueise haben. Mit Rücksicht auf die nur mittlere Qualität der österreichischen Braunkohlen wird der Kohlenbergbau in Österreich aber immer ein Sorgenkind von Staat und Wirtschaft bleiben.

Work in Linz bei Wien befindet sich in russischer Verwaltung und kommt somit für den Inlandmarkt nicht in Frage. Das zweite Werk, die Kärntner Akkumulatorenfabrik in Freistritz, dessen Einrichtung vollkommen intakt geblieben ist, erzeugt heute wieder Kraftfahrzeug- und Telefonbatterien für das Eisenbahnversicherungswesen und wird demnächst die Erzeugung von Waggonbeschleunigern aufnehmen. Die Herstellung von Elektrofahrzeugbatterien wird erst bei Überwindung des Eisenmangels in größerem Maße wieder aufgenommen. Die Kärntner Fabrik wurde 1939 gegründet, hauptsächlich um das Volkswagenwerk mit Batterien zu versorgen. Mittlerweile wurde der Betrieb auf den Umfang des österreichischen Marktes umgestellt. Das Werk versorgt die österreichische Automobilindustrie mit dem erforderlichen Batterie-Material.

### Erweitertes Abkommen mit Frankreich

Das neue Abkommen, das vor kurzem abgeschlossen wurde, sieht eine Erweiterung Warenverkehrs mit Frankreich vor. Die französische Einfuhr nach Österreich besteht sich im wesentlichen aus landwirtschaftliche und tierische Produkte sowie Feinsterglas, Textilwaren und Kunststoffe, während Österreich Stickstoffdünger, Magnesi, Spezialstähle und Papier nach Frankreich liefern wird. Die französischen Exporte nach Österreich werden im Laufe des Jahres 8 Milliarden Franc betragen, die österreichischen Exporte nach Frankreich rd. 7 Milliarden, das Defizit wird im Rahmen des Marshall-Planes abgedeckt werden. Es handelt sich um eine beträchtliche Erweiterung der Kontingente.

Die österreichische Textilindustrie hat kürzlich von britischer Seite einen neuen Kredit zum Ankauf von Rohwolle, Jute und Haaf in Höhe von 1,5 Mill. Pfund Sterling erhalten.

### Erste österreichische Nachkriegsanleihe

Wien. Die österreichische Regierung hat beschlossen, die erste Nachkriegsanleihe aufzutragen, mit der eine Steueranleihe, verschiedene steuerliche Vergünstigungen und eine Verwendungsmöglichkeit der deutschen Reichsanleihe 1934/7 verbunden sind.

### Handelsvertrag Dänemark - Italien

Zwischen Dänemark und Italien ist nach kurzfristigen Verhandlungen in Rom ein neuer Handelsvertrag abgeschlossen worden, der ein reines Kompensationsabkommen darstellt und einen Warenverkehrs von etwa 120 Mill. Dir. vorsieht. Einzelheiten über die in Aussicht genommenen Kontingente stehen zur Zeit noch nicht fest.

### Die Akku-Erzeugung

Österreich verfügt über zwei bedeutende Akkumulatoren-Fabriken. Das

**Süddeutscher**  
**Spinnweber-Verband G. m. b. H.**

Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)

- Spinnereien
- Webereien
- Bleichereien
- Färbereien
- Druckerei





